

Alternativhaushalt der Linksfraktion setzt auf mehr Einnahmen

Helga Nowak, Diplom Volkswirtin
Frank-E. Puin, Diplom Kaufmann

DIE LINKE.

Fraktion

im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Statt Gebühren und Eintrittspreise zu erhöhen und den Service für die Einwohner zu verschlechtern, will die Linksfraktion im Rat vor allem die Einnahmen der Landeshauptstadt verbessern, aber auch die Ausgaben überprüfen und kostensparende Zukunftsinvestitionen anschieben.

DIE LINKE folgt einer antizyklischen Haushaltswirtschaft der Städte und Gemeinden, die in den 70er und 80er Jahren in den meisten Gemeindeordnungen der Länder festgeschrieben war. Danach sollen die Kommunen in konjunkturellen Boomphasen ihre Einnahmen erhöhen und damit Schulden abbauen, Geld für schlechte Zeiten zurücklegen und mittelfristig kostensenkende Investitionen vornehmen. Die Kommunen sollen so für die nächste Wirtschaftskrise gewappnet sein. Die Landeshauptstadt muss deshalb die derzeit noch gute Wirtschaftslage nutzen, um deutlich mehr Einnahmen zu generieren.



Helga Nowak,
haushaltspolitische
Sprecherin

2

Brachliegende Einnahmequellen erschließen

Das wollen nach eigenem Bekunden auch Kämmerer Marc Hansmann und Oberbürgermeister Stephan Weil (beide SPD). Die LINKE kritisiert jedoch die Halbherzigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen und befürchtet einen Zusammenhang zwischen dieser Zurückhaltung und der Kandidatur von Stephan Weil bei der Landtagswahl. Weil hat offenbar Angst vor neoliberaler und konservativer Kritik, wenn er in der Landeshauptstadt mit Signalwirkung die Gewerbe- und Grundsteuer erhöht und von kommunalen Unternehmen verlangt, deutlich mehr vom Gewinn an die Stadt abzuführen. Es geht um Wirtschaftskompetenz, die in den landesweiten Medien gern mit einer Schonung der Kapitaleseite verwechselt wird.

Mehr Geld von kommunalen Unternehmen

Wir stimmen mit der Verwaltung überein, dass die eigenen Unternehmen und die Firmen, an denen die Stadt als Anteilseigner beteiligt ist, in den nächsten beiden Jahren ihren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts erbringen müssen (vgl. auch Punkt 1 d. Beschlussdrucksache 2351/2011, S. 4). Marc Hansmann und Stephan

Weil schlagen eine zusätzliche Gewinnausschüttung der öffentlichen und beteiligten Unternehmen um 10 Mio. Euro in drei Jahren und damit 3,3 Mio. Euro mehr pro Jahr vor. Dieses als „ambitioniert“ bezeichnete Ziel ist für eine konjunkturelle Boomphase für DIE LINKE inakzeptabel. Angesichts eines Beteiligungsvermögens von 1,55 Mrd. Euro wäre in „guten Jahren“ eine Eigenkapitalverzinsung von 4 Prozent, in schlechten Jahren von 2 Prozent zu erwarten. Eine 4-prozentige Eigenkapitalverzinsung ergibt im Planungszeitraum eine jährliche Gewinnausschüttung von 60 Mio. Euro, macht zusammen in drei Jahren 180 Mio. Euro. Dies ist weit mehr, als die Stadt derzeit realisiert.

Nur die Stadtwerke erfüllen bisher ihr Abführungssoll an die Stadtkasse. Sie haben aber deutlich höhere Strom- und Gasstarife als etwa die Stadtwerke Garbsen. Die Linksfraktion fordert deshalb einen Sozialfonds für Strom und Wärme, mit dem Ersatzleistungen für zahlungsunfähige Mitbürger(inn)en beglichen und Inkasso- sowie Abschaltkosten für wirtschaftlich Schwache vermieden werden. Für diesen Sozialfonds sollen die Stadtwerke jährlich 500.000 Euro aus dem Jahresgewinn beisteuern, sodass sich der Konsolidierungsbeitrag der Stadtwerke um 1,5 Mio. Euro auf 5,5 Mio. Euro verringert.

Die Stadtparkasse muss jedes Jahr 1 Mio. Euro mehr abführen, anstatt in drei Jahren nur 1,3 Mio. Euro mehr wie von der Stadtspitze geplant. Von allen konjunkturabhängigen Unternehmen wie Flughafen, Hafengesellschaft und HCC-Veranstaltungsbereich erwarten wir einen Sonderbeitrag von 1 Mio. Euro pro Jahr.

Offensichtlich kann sich nur DIE LINKE daran erinnern, dass vor zwei Jahren die Landeshauptstadt die Deutsche Messe AG mit einer Eigenkapitalspritze von 125 Mio. Euro vor der Insolvenz bewahrt hat. Die LINKE fordert für diese „gute Tat“ in der Hochkonjunkturphase wenigstens eine angemessene Eigenkapitalverzinsung von 4 Prozent pro Jahr, was eine zusätzliche Einnahme von jährlich 1,25 Mio. Euro und insgesamt 5 Mio. Euro für den Planungszeitraum bedeutet. Zusammenfassend geht DIE LINKE innerhalb von drei Jahren von einer Erhöhung der Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen von 17,5 Mio. Euro aus, die sich wie folgt zusammensetzen:

	in Mio. EUR
Linke Maßnahmen Mehreinnahmen zusammen	17,5
Stadtwerke (ohne Sozialfonds von 1,5 Mio. €)	5,5
Grundstücksverkäufe	1,0
Stadtparkasse	3,0
Flughafen, Hafenges. HCC	3,0
Messe AG	5,0

Gewerbesteuer erhöhen

Die Gewerbesteuer ist in Hannover seit 20 Jahren nicht mehr erhöht worden. Ihrem Leitbild einer antizyklischen Haushaltspolitik folgend schlägt die DIE LINKE vor, den Hebesatz der Gewerbesteuer mittelfristig auf das Niveau der vergleichbaren Wirtschaftszentren der Bundesrepublik anzuheben. Dies wäre ein Hebesatz von 520 Prozent, der auf einer Stufe mit München, Frankfurt/Main und Stuttgart liegen würde. Schon eine Anhebung von derzeit 460 Prozent auf 490 Prozent würde jährliche Mehreinnahmen von 32,5 Mio. Euro generieren, bei Gesamteinnahmen von 500 Mio. Euro. Bei einem angenommenen Mittelabfluss an Region und Land in Höhe von 20 Prozent, verblieben der Stadt rund 26 Mio. Euro Mehreinnahmen. Bei der von der LINKEN vorgeschlagenen „moderaten“ Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in einem ersten Schritt von 20 Punkten auf 480 Prozent erhielte die Stadt 21 Mio. Euro mehr, vorausgesetzt, das Gesamtaufkommen beträgt 500 Mio. Euro. Wenn man den 20-prozentigen Abfluss an Region und Land abzieht, verbleiben der Stadt rund 18 Mio. Euro. Diese Zusatzeinnahmen sind wegen der konjunkturellen Entwicklung jedoch nur im laufenden Jahr zu erwarten.

4

Kommunale Hotelgäste-Abgabe einführen

Die Linksfraktion plädiert für die Einführung einer 7-prozentigen „Bettensteuer“ oder kommunalen Hotelgäste-Abgabe für Hoteliers, die die Nutzung der städtischen Infrastruktur im Sinne der bekannten „Kurtaxe“ mit Bagatellbeträgen für den einzelnen Gast vergütet. Die erwarteten Mehreinnahmen liegen bei jährlich rund 5 Mio. Euro und machen zugleich das schwarz-gelbe Steuerprivileg rückgängig.

Hannover-Anleihe bringt zusätzliche Millionen

Nach den Vorstellungen der Linksfraktion soll die Stadt eine Hannover-Anleihe mit einem Volumen von 100 Mio. Euro auflegen, die jeder Bürger erwerben kann. Die Laufzeit der ausgegebenen Wertpapiere kann zehn Jahre bei einer Verzinsung von 3,3 Prozent betragen und so den Hannoveranern eine sichere und attraktive Geldanlage bieten und zugleich die Identifikation mit ihrer Stadt erhöhen.

Bei Ausgaben intelligent sparen

Um die Einnahmesituation zu verbessern, kann die Stadt auch bei den Ausgaben ansetzen, ohne den Service für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtern zu müssen. Einsparungen ergeben sich etwa, wenn die Stadt die Zuschüsse an die Vereine früher auszahlt. Nichts gegen eine solide Abstimmung zwischen den Fachdezernaten und dem Fachbereich Finanzen. Aber wenn das zu einer verspäteten Auszahlungskultur der öffentlichen Hand gegenüber Zuwendungsempfängern und Auftragnehmern führt, entstehen womöglich dort weit höhere Finanzierungskosten. Für Überziehungszinsen werden zwischen 8 Prozent und 16 Prozent fällig, dagegen liegen die Kassenkreditzinsen für die Stadt zwischen 1,5 Prozent und 2 Prozent. Es hat sich etwa eingebürgert, die Platzpflegekosten für Sportvereine in zwei Schritten im Juni und Oktober auszuzahlen. Die Kosten der Platzpflege fallen aber vor allem im Frühjahr und von Juli bis September an. Die Finanzierungskosten tragen somit die Vereinsmitglieder. DIE LINKE schlägt deshalb vor, die Auszahlungen an Zuwendungs- und Zahlungsempfänger um zwei Monate vorzuziehen. Dadurch verringern sich die erforderlichen Zinszahlungen an die Banken um rund 10 Prozentpunkte. So kann man jedes Jahr rund 1 Mio. Euro sparen.

Keine Kürzungen bei Personal und Weiterbildung!

Die Linke spricht sich gegen pauschale Kürzungen beim Personal und bei den Sachmitteln aus. Die Steuerungsfunktion solcher allgemeinen und pauschalen Vorgaben stellen wir infrage, die unserer Auffassung nach nur den Anschein einer „Gerechtigkeit für Alle“ erwecken sollen. Mit einer pauschalen 1-prozentigen Kürzung ist keine haushalterische Profilbildung möglich. Diese wird erst durch die Dezernatsvorgaben in der Drucksache 2351/2011 sichtbar. Die 125 Einzelmaßnahmen umfassen geplante Einsparungen bei den Sachmitteln von 4,1 Mio. Euro, denen Absichtserklärungen zugrunde liegen. Anders die geplanten Ausgabenkürzungen beim Personal: 46 Stellen, vor allem im unteren Besoldungssegment, sollen definitiv in drei Jahren wegfallen. Dabei soll sich die Qualität der Leistungserbringung, sprich des jeweiligen „Produkts“, nicht verschlechtern. Dies erscheint der Linksfraktion nach sieben vorausgegangenen Kürzungsprogrammen unmöglich und auch unsozial. Wir gehen davon aus, dass sich das Leistungsprofil der Stadtverwaltung durchaus den mittelfristigen Entwicklungen der Bedarfe und Wünsche der Gesellschaft anzupassen hat und die letzten unproduktiven Ecken in der Verwaltung ausgekehrt werden können. Das kann aber nur auf Grundlage einer stabilen Personalentwicklung gelingen, die die Leistungsqualität der Mitarbeiter angesichts zunehmender Verrentung durch die Einstellung jüngerer Kräfte ausgleicht.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Übernahme aller Auszubildenden der Stadt

für ein Jahr. Die Verwaltung hat aber keine langfristige Strategie zum Erhalt eines hochqualifizierten Fachpersonals in den Dezernaten. Das Geld für die Weiterbildung des Personals und auch der Mitarbeiter der politischen Fraktionen darf deshalb keinesfalls gekürzt werden. Um sich dabei vor luxuriösen Freizeitseminaren zu schützen, lohnt sich ein Blick in den jährlichen bundes- und landesweiten Bericht des Steuerzahlerbundes. Vor allem aber plädiert die LINKE, auch vor dem Hintergrund der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesen und des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, für eine verstärkte Schulung des Personals durch das kommunale Rechnungsprüfungsamt und externe Fachleute.

Einsparpotenzial in Dezernaten

6

Insgesamt halten wir die 25 Mio. Euro Einsparung aus Pauschalmaßnahmen und restriktiven Dezernatsvorgaben für viel zu hoch angesetzt. Diese Vorgabe wird zu einzelnen Verwaltungsstellen nicht zu mehr Sparsamkeit, sondern zu irrationaler Leistungsverweigerung führen. Nach unserer Meinung sollte die Verwaltung ganz auf die pauschale Ein-Prozent-Regel verzichten und den Fachdezernaten eine effektive und erreichbare Sparsumme von jährlich etwas mehr als 2 Mio. Euro auferlegen, also knapp 7 Mio. Euro in drei Jahren. Diese Summe sollte das Rechnungsprüfungsamt jährlich überprüfen und bei Nichterreichen in das Folgejahr übertragen. DIE LINKE plädiert so für tatsächlich erreichbare Einsparungen von insgesamt 20 Mio. Euro in drei Jahren – anstatt der großartig klingenden, aber mit vielen Fragezeichen versehenen 35 Mio. Euro Einsparplannungen von Verwaltung und rot-grüner Ratsmehrheit. Die Durchsetzung der rot-grünen Kürzungen in den nächsten Jahren, in denen ein Konjunkturabschwung zu erwarten ist, dürfte mit einem weiteren Abbau sozialer Infrastruktur einhergehen. Auch aus diesem Grund konzentrieren sich die haushaltspolitischen Vorschläge der LINKEN wie beschrieben auf die Einnahmeseite.

Bei Prestigeprojekten kürzen

Im Gegensatz zum Kämmerer ist DIE LINKE nicht der Meinung, dass die Personalausgaben ein konjunktureller Puffer der Haushaltswirtschaft sind. Gespart werden kann dagegen bei Projektgeldern für „Events“ wie public viewing und großbürgerliche „Prestigeinvestitionen“ wie das geplante Museum im Schloss Herrenhausen.

Kostensparende Investitionen

Die Linksfraktion setzt in ihrem Haushaltsentwurf auch auf Investitionen, die die Kosten für die Stadt in Zukunft verringern werden und zugleich gesellschafts- und umweltpolitische Ziele verfolgen.

Bildungsfonds „Berufliche Qualifikation“

Um jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen und damit zukünftige Armut und entsprechende Sozialausgaben für die Landeshauptstadt zu verringern, will DIE LINKE 1. Mio. Euro für einen Bildungsfonds geben. Dieser soll so viel jungen Menschen wie möglich einen berufsqualifizierenden Schulabschluss und falls notwendig, berufliche Qualifikationen auch ohne Lehrvertrag zu ermöglichen. Bisher lässt sich zukünftige Armut in Hannover anhand folgender Merkmalsausprägungen feststellen: männlich, jung und Migrationshintergrund. Grund dafür sind meist mangelnde schulische Qualifikationen, die einem Eintritt in die Berufsbildung erschweren. Die bisherigen Maßnahmen wirken wie „Trippelschritte“ und stellen kein stadtübergreifendes Konzept dar. Sie lassen die Befürchtung zu, dass die oben genannte Gruppe von Menschen in eine andauernde Armutssituation abgeleitet, die nicht nur zu höheren Kosten führt, sondern auch den sozialen Frieden gefährdet.

Energetische Sanierung

Mit der Hälfte der Einnahmen aus der Hannover-Anleihe will die Linksfraktion die Gebäude der Stadt weiter energetisch sanieren lassen. Die 50 Mio. Euro sollen in die bessere Wärmedämmung und den Einbau energiesparender Heizkessel fließen. Dadurch sollten sich, auch vor dem Hintergrund weiter steigender Gas- und Ölpreise, schon mittelfristig deutliche Einsparungen ergeben. Darin eingeschlossen ist ein deutlich messbarer Beitrag zur CO₂-Reduktion und damit zum Klimaschutzprogramm der Region Hannover.

Diverse Sonderabgaben abschaffen – kleine Selbstständige fördern

Wir halten eine Reihe von Sonderabgaben für kontraproduktiv und sozial ungerecht. Ein Beispiel ist die Sonderabgabe „Außenbewirtschaftung“. Eine bundesweite Studie hat ergeben, dass die hannoverschen Gastwirte für die Nutzung von Parkplätzen und Gehwegteilen einen derart hohen Spitzenpreis zahlen müssen, dass viele Gastronomien, vor allem in den Stadtteilen, auf eine Außenbewirtschaftung mit Stühlen und Tischen und damit auf ein kulturell interessantes südländisches Flair verzichten.